

5. Bundeskongress der VVN-BdA im Mai/Juni 2014

Tagung im Haus des historischen Auschwitz-Prozesses

Der Bundesausschuss der VVN-BdA hat in seiner Sitzung am 22. September den 5. Bundeskongress der VVN-BdA einberufen. Er wird vom 30. Mai 2014 bis 1. Juni 2014 in Frankfurt am Main stattfinden und zwar im »Haus Gallus«. Es wird vielen Delegierten bereits bekannt sein, da wir dort den 65. Jahrestag der Gründung der VVN begangen haben.

Das Haus verfügt nicht nur über gute räumliche und technische Voraussetzungen, sondern ist mit uns auch historisch eng verbunden.

Es wurde nämlich nach seinem Bau hergerichtet für die Durchführung des Auschwitz-Prozesses. Heute wirbt es für sich mit den sympathischen Slogans »Bau mit Vergangenheit für Veranstaltungen der Zukunft« und »Wir machen Begegnungen möglich«.

Beides soll sinngemäß auch für unseren Bundeskongress gelten. Auch wenn vereinsrechtliche Aufgaben zu erledigen sein werden, geht es doch um mehr: Aktivistinnen und Aktivisten zusammen zu bringen, um die Entwicklung unserer Vereinigung voran zu treiben.

Kommunikation ist das A und O, weshalb die Tagesordnung voraussichtlich Elemente einer Zukunftswerkstatt aufnehmen wird, in der wirklich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer etwas einbringen können. Dafür wird auch eine höhere Teilnehmerzahl angestrebt.

Nicht nur Delegierte und geladene Gäste, sondern auch mehr interessierte Mitglieder als sonst können am Kongress (wegen der Versorgung mit Anmeldung) teilnehmen.

Der Delegiertenschlüssel wird gesenkt. Pro angefangene 50 Mitglieder kann 1 Delegierte/Delegierter gewählt werden, also mehr Delegierte als früher. Ersatzdelegierte müssen ebenfalls gewählt und gemeldet werden.

Grundlage für die Delegiertenzahl ist die Zahl der zum Stichtag 31.12.2013 abgerechneten Mitglieder. Die Delegierten werden von

den Kreisvereinigungen gewählt. Meldeschluss ist der 31. März 2014.

Um die Arbeit zu erleichtern, bittet die Bundesgeschäftsstelle darum, die Delegiertenmeldungen in den Landesvereinigungen zu sammeln und dann per E-Mail an das Bundesbüro weiter zu leiten. Die Meldung muss Name, Anschrift und die delegierende Kreisvereinigung enthalten.

Anträge zum Bundeskongress können auch von den Kreisvereinigungen gestellt werden. Auch alle Anträge müssen bis zum 31. März 2014 abgegeben worden sein.

Thomas Willms

Zu einigen Ergebnissen des Bundeskongresses 2011

Die VVN-BdA hat auf ihrem letzten Bundeskongress 2011 Beschlüsse zur Sammlung von Dokumenten zu

den Verbrechen der ökonomischen Eliten 1933-1945 und zur Erinnerungsarbeit mit Zeitzeugen aus der 2. und 3. Generation gefaßt.

In Berlin und Nordrhein-Westfalen wurde zu beiden Themen gearbeitet. Geplant sind eine Ausstellung zu »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« und ein Buch mit Berichten der »Kinder des Widerstandes«.

Dass es einen engen Zusammenhang zwischen Faschismus und wichtigen Kapitalkreisen als Förderer und Profiteure des Faschismus und des Krieges gab, wird von Medien und bürgerlicher Wissenschaft als Tabu behandelt. Dieses Tabu zu knacken, dazu hat die VVN-BdA NRW ein Buch herausgebracht, dessen Titel lautet »Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945«. Der Bundeskongress der VVN-BdA hatte dazu beschlos-

sen, allen Landesvereinigungen die Ausweitung Rallye »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« vorzuschlagen. Diese Rallye hat im Oktober die Stadt Hagen erreicht, wozu es eine lebhaft Auseinandersetzung in der lokalen Presse gab.

Der Bundeskongress der VVN-BdA unterstützte ferner das Anliegen, zur Darstellung der Probleme der 2. und 3. Generation.

Unter der Bezeichnung »Kinder des Widerstandes« arbeitet zu dem Thema seit einiger Zeit eine Gruppe der VVN-BdA NRW. Sie hat als neue Zeitzeugengeneration mehrere Tagungen durchgeführt und ist zudem in Schulen vor den Schülerinnen und Schülern aufgetreten.

Über beide Initiativen soll im folgenden mittels einer Pressekommunikation berichtet werden.

Fortsetzung Seite 2

Anzeige

Der „Trotz alledem!“ Kalender 2014
Ein Porträt des Widerstandes im Rhein-Main-Gebiet 1933 - 1945

Mit Linoldrucken von Thilo Weckmüller (Werkstatt uah!)
und Texten von Mathias Meyers

im DIN A4 - Format
für 12,- € (+1,50 € Versand)

Bestellung an:
info@widerstand-portrait.de
postalisch an:
M. Meyers
PF 1205
55002 Mainz

In Oberhausen

Töchter von Widerstandskämpfern sprachen vor Hunderten Schülerinnen und Schülern

Unter der Überschrift »Erzählungen aus der Nazi-Zeit« berichteten die Zeitzeugen unter dem Label »DerWesten« (WAZ, NRhZ) am 19.10.2013 über eine Veranstaltung mit der Zeitzeugengruppe »Kinder des Widerstandes«, die zur VVN-BdA NRW gehört. Rund 450 Schüler des Käthe Kollwitz Berufskollegs in Oberhausen lauschten den bewegenden Erzählungen der drei Zeitzeugen, berichtete die Zeitung. Weiter heißt u.a.:

Was in der Zeit des Nazi-Regimes geschehen ist, darf sich niemals wiederholen. »Vor allem jetzt, da sich rechtsradikal Gesinnte wieder vermehrt zusammen finden«, sagt Otto Marx - das ist die Botschaft, auf die der Oberhausener sowie Alice Czyborra und Margret Rest mit ihren Erzählungen über die bewegte Vergangenheit ihrer Familien hinaus wollen.

Die zwei Essenerinnen und der Rentner sind Zeitzeugen, obwohl sie sich selbst nicht so betiteln würden, schließlich sind es vielmehr ihre Mütter und Väter die unter der Schreckensherrschaft gelitten hatten.

Ihre Erinnerungen teilten sie mit den Schülern des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs. Im Rahmen ihrer Themenwoche »KKBK gegen Rechts« und der Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« lud das Kolleg die drei Zeitzeugen zu einer Podiumsdiskussion ein.

Rund 450 Schüler lauschten größtenteils andächtig den bewegenden Erzählungen. Den Kontakt zu den drei Zeitzeugen erhielt das Kolleg über die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

Das Umfeld hat einen geprägt

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wuchs Marx



Alice, Tochter von Etti und Peter Gingold

gerade zu einem Jugendlichen heran. »Mein Lehrer war ein klarer SS-Mann.« Vieles habe man den Schülern verschwiegen, auch nach Kriegsende. Deutschland sei großes Unrecht widerfahren, hörte Marx von allen Seiten. »Aber das Umfeld hat einen mitgeprägt. Ich wusste, was Zuhause erzählt wird, darüber darf ich draußen nicht sprechen, das würde Ärger mit dem Regime geben.«

Otto Marx erzählt von der Pogromnacht, die sich am 9. November zum 75. Mal jährt, wie sein Bruder ins Zimmer kam und von brennenden Kaufhäusern sprach und beide neugierig auf die Straße liefen; er spricht vom Lehrer, der den Hitlergruß verweigerte.

Die Bedeutung dahinter verstand er erst später. Und von seiner Ver-

schickung auf einen Bauernhof und den ansässigen Zwangsarbeitern, die seine Bezugspersonen wurden.

Alice Czyborra, geb. Gingold stammt von einer jüdischen Familie ab. Sie war zu der Zeit, als ihr Vater als Widerstandskämpfer gegen das Regime vorging, gerade erst geboren.

1933 emigrierte die Familie nach Frankreich, nachdem das Regime zum Boykott gegen jüdische Geschäfte aufgerufen hatte.

Sicher waren sie dort nicht. Die Widerstandsgruppe um ihren Vater Peter Gingold, die mit Hilfe eines Kinderdruckkastens Parolen wie »Nieder mit Hitler« oder »Schluss mit dem Krieg« niederschrieb, flog durch einen Spitzel auf.

Czyborras Vater wurde verhaftet, konnte jedoch fliehen und kämpfte weiter gegen die Nazis.

Mit Flyern Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht

Auch Margret Rest erzählt von ihrem Vater, der die Rüstungsmaschinerie bei Krupp mehr als sechs Jahre vor Kriegsbeginn aufdeckte. Mit Flyern wollte er auch die Bevölkerung darauf aufmerksam machen.

»Damit sie beim Verteilen nicht erwischt wurden, haben sie die Zettel zum Beispiel auf das Dach stehender Züge gelegt«, beim Anfahren flogen

die Flyer in alle Richtungen. Auch im St.-Joseph-Hospital in Oberhausen legte Rests Vater diese Flyer aus. Irgendwann wurde er jedoch erwischt, kam ins Gefängnis, wo er gefoltert wurde.

Mit der Haftentlassung war es nicht vorbei. Er wurde unter anderem als Zwangsarbeiter für Rodungsarbeiten für das Konzentrationslager Buchenwald eingesetzt.

Seine Freiheit währte danach nicht lange, als »unsicheres Element« also als Staatsverräter wurde er zu Kriegsbeginn erneut verhaftet.

Über Zeit in Gefangenschaft nie gesprochen

Margret Rest erfuhr von seiner Geschichte erst in ihrer Jugend, als er anfang von Jugendgruppen zu referieren. Bis dahin hatte er über seine Zeit in der Gefangenschaft nie gesprochen.

»Meinem Vater war es wichtig, den Jugendlichen zu verdeutlichen, dass sich so etwas nicht wiederholen darf.« Doch Alice Czyborra warnt: »Wir erleben noch immer einen Rassismus, der nicht stattfinden dürfte.

Eine Wiederholungsgefahr besteht vielleicht nicht, aber es sind Ansätze da. Und so hat es damals auch angefangen.« **Maxi Overfeld**

»Kinder des Widerstandes« – Erklärung zur VVN-Geschichtskonferenz

Enttäuschung über eine Aussage der Geschichtskonferenz »Lizenz zum Terror« (»antifa« vom Juli 2013) geäußert. Es wurde diese Stellungnahme beschlossen:

Unsere Gruppe von Hinterbliebenen und Kindern ehemals Verfolgter nennt sich »Kinder des Widerstandes«. Wir haben mit einigen Freundinnen und Freunden an der Geschichtskonferenz »Lizenz zum Terror« teilgenommen. Die Lizenz wurde den Nazis bekanntlich von großen Teilen der Wirtschaft und des Bürgertums und leider auch von vielen arbeitenden Menschen erteilt. Die Rollen der Eliten und

die Massengefölgenschaft wurden in den Referaten verdeutlicht. Wie man allerdings aus dem Thema »Die Spaltung wurde erst im KZ überwunden - Niederlage und Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung« diese These des Prof. Klaus Kinner machen konnte: Die Spaltung wurde nicht einmal im KZ überwunden, woran einseitig die Kommunisten (kein kritisches Wort über die SPD) schuld waren -

das hat uns schon hart getroffen. Seit unserer Kindheit wurde uns in Schule, Medien und Politik die Behauptung von der nazistischen Rechten und der »stalinistischen« Linken, die gemeinsam Weimar zerstört haben und schuld am Nazismus sind, vermittelt. Wir wissen es von unseren Eltern und Großeltern ganz anders. Unsere Gruppe hat sich vorgenommen, das Andenken unserer Eltern und Großeltern zu

bewahren und deren Erfahrungen für die Zukunft zu vermitteln. Wir haben an der Geschichtskonferenz teilgenommen in der Erwartung, dass diese uns darin unterstützt. Es kam aber zum Teil ganz anders. Hier erfolgte in Teilen eine Einseitigkeit, die wir nicht »letztlich auch im Raum stehen« lassen möchten, wie es in der »antifa« hieß.

Für »Kinder des Widerstandes«: **Alice Czyborra, Traute Sander**

»Verbrechen der Wirtschaft« am Beispiel der Quandts

Die CDU-Spende soll den Zwangsarbeitern gehören

Unter Überschrift »Firmenspenden-Debatte schwappt nach Hagen« berichteten die Zeitungen der WAZ-Gruppe am Ort über die Forderung der VVN-BdA, die Zwangsarbeiterentschädigung wieder aufzunehmen und vor allem die Quandts zur Kasse zu bitten. Es heißt in der WAZ am 25.10.2013:

Hagen. Die Spende der Familie Quandt an die Bundes-CDU sorgt nicht nur in Berlin für Gesprächsstoff. Auch in Hagen kommen Erinnerungen hoch, weil Günther Quandt vor allem während der Jahre des Zweiten Weltkrieges mit der »Accumulatoren Fabrik AG« in Wehringhausen seinen Reichtum mehrte.

Die jüngste Großspende der Unternehmerfamilie Quandt an die Bundes-CDU in Höhe von 690.000 Euro ließ nicht nur das politische Berlin aufhorchen. Es meldete sich mit ausdrücklichem Blick auf Hagen auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zu Wort: In einem Leserbrief in der »Süddeutschen Zeitung« erinnert der Sprecher der Geschichtskommission, Ulrich Sander, unter der Überschrift »Geld gehört den Zwangsarbeitern« daran, dass Vorfahr Günther Quandt das Vermögen des Clans einst in Hagen mit der »Accumulatoren Fabrik Aktiengesellschaft Berlin Hagen« (AFA) als Partner der Nazis auf dem Rücken von Zwangsarbeitern entscheidend gemehrt und in Hagen auch residiert habe.

Dennoch scheiterten die VVN-Aktivisten vor drei Jahren mit einem Vorstoß bei der Stadt Hagen, eine entsprechende Mahntafel am Hager Varta-Verwaltungsgebäude anbringen zu wollen. Im Rathaus steht man auf dem Standpunkt, dass eine solch plakative Aktion an einem Privatgebäude (Dieckstraße) angesichts der historischen Fakten gar nicht zu rechtfertigen sei.

Im Dunstkreis von Hitler

Hintergrund der VVN-Initiative war seinerzeit eine sogenannte NRW-Rallye »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945«, mit der über die Untaten der Wirtschaft während der Nazi-Diktatur aufgeklärt werden sollte. Ziele der VVN waren unter anderem Bielefeld (Oetker), Essen (Krupp), Mülheim (Thyssen), Kreuztal (Flick) und eben auch Hagen (Quandt). »Er hat durch Arisierung jüdische Kaufleute beraubt und einen der größten Rüstungskonzerne aufgebaut, die im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeiter ausbeuteten«, so die Einschätzung Sanders, der das heutige Vermögen der Familie Quandt auf diese »Verbrechen« zurückführt. Günther Quandt bewegte sich schon frühzeitig im Dunstkreis von Adolf Hitler und war nach der Machtergreifung nicht nur in die NSDAP eingetreten, sondern hatte die Nationalsozialisten auch mit AFA-Spenden finanziell unterstützt. Als dekorierter »Wehrwirtschaftsführer« produzierte er in den AFA-Werken in Hagen, Hannover, Posen und Wien neben U-Boot- und Torpedobatterien auch Akkumulatoren für die deutsche Luftwaffe sowie die Feuerleitgeräte der Artillerie.

Nur fünf Quandt-Besuche

Dabei kamen neben den deutschen Beschäftigten, so Dr. Ralf



Eine Aktion am Zaun des ehem. Stahlwerkes - jetzt Phönixsee. Gegen Vöglar, Vereinigte Stahlwerke in Dortmund-Hörde. Foto: Traute Sander

Blank, Historiker des Historischen Centrums in Hagen, auch ausländische Arbeitskräfte, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Insassen von Konzentrationslagern zum Einsatz – letztere in Hannover und Wien. »Die monatliche Produktion von U-Boot- und Torpedobatterien im AFA-Werk Hagen war zwischen 1939 und 1945 unterschiedlich«, schreibt Blank. »1943 betrug sie durchschnittlich 17 U-Boot- und 500 Torpedobatterien verschiedener Baumuster.«

In Hagen selbst hinterließ Günther Quandt persönlich kaum Spuren. Zwischen 1939 und 1945, so die Forschungen von Blank, seien lediglich fünf Quandt-Besuche an der Ennepe belegbar. Der Unternehmer habe – wie viele andere Wirtschaftsführer auch – damals aus rein opportunistischen Gründen mit den Nazis kooperiert, genauso aber auch geschäftliche Kontakte in die Sowjetunion geflochten.

In den Augen der Rathausverwaltung genießt VVN-Sprecher Sander den zweifelhaften Ruf, Historie einseitig im Geiste einer

linksradikalen Gesinnung zu betrachten, so Karsten-Thilo Raab, Sprecher der Stadt Hagen.

Der Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen sei im Hager AFA-Werk im Vergleich zu vielen anderen Betrieben in der Stadt eher unterdurchschnittlich gewesen. Umgekehrt erinnere aber in Hannover ein Denkmal an den Einsatz von KZ-Häftlingen im dortigen AFA-Werk.

Eine symbolische Mahntafel ausgerechnet in Wehringhausen, so der Stand der Hager Geschichtsforschung, würde angesichts der historischen Fakten den geschichtlichen Realitäten nicht gerecht.

Martin Weiske

Lebhafte Debatte im Netz

Der Artikel in der WAZ löste eine lebhaftige Debatte auf der WAZ-Homepage aus. Allerdings waren die Zuschriften sämtlich anonym und zum Teil pro-faschistisch, wobei # »VVN = Radio Moskau spricht« noch zu den harmlosen zählt. Es wurde unter anderem geschrieben:

Nach Einschätzung von Benjamin Ferencz, der bei den Nürnberger Prozessen für die Anklagebehörde arbeitete, wären Günther Quandt und sein Sohn Herbert ... als Hauptkriegsverbrecher angeklagt worden, wenn die heute zugänglichen Dokumente den Anklägern damals vorgelegen hätten. (Wikipedia) # Endlos ist die Reihe nicht verurteilter Kriegsverbrecher. Die VVN-BdA ist dem »Schwur von Buchenwald« verpflichtet: »Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.« Diese Schuldigen, synonym Kriegsverbrecher, haben die VVNler der ersten Stunde am eigenen Leibe erlebt.

Ich hab gerade mal nachgelesen, das bei der Hoesch-Schmiedag über 80% Zwangsarbeiter und bei der Varta in Hagen noch nicht mal 25% gearbeitet haben. Warum keine Tafel bei Hoesch? (Anmerkung: Auch für die Hoesch-Besitzer aus der Familie Springorum hatte die VVN-BdA eine Tafel beantragt. Sie wurde von der Stadt Dortmund abgelehnt.)

Die Varta war nur ein kleiner Teil der Quandt-Unternehmen. Ebenso gut und mit mehr Recht könnte man in Düren bei den Metallwerken, Oberndorf bei den Ex-Mauserwerken, Lüdenscheid bei Busch u. Jäger und erst Recht auf dem Askanischen Platz in Berlin eine Tafel anbringen. #Warum Hagen?

Anmerkung: Warntafeln zu Quandt wurden auch in Lüdenscheid beantragt; die Stadt lehnte ab. Antifaschisten aus Hannover und Berlin haben inzwischen angekündigt, Warntafeln auch in ihren Städten zu beantragen. Vor allem sollte es eine in Gardelegen geben, wohin in eine Scheune in Isenschnibbe kurz vor Kriegsende rund 1000 Zwangsarbeiter von Quandt-Hannover getrieben und verbrannt wurden.)

Landesmitgliederversammlung der VVN-BdA Bayern in Dachau

Die Zukunft im Blick

Um tradierte Erfahrungen, heutige Auseinandersetzungen und neue Projekte ging es. »Worin liegt die Zukunft der VVN-BdA? – Probleme, Defizite, Chancen« war die Einladung zur Landesmitgliederversammlung überschrieben. Ihr folgten rund 60 Interessierte aus allen Teilen Bayerns im Oktober ins Dachauer Jugendgästehaus, das »Max-Mannheimer-Studienzentrum«.

Viel Diskussionsstoff tat sich da auf – und es war von vornherein klar, dass das meiste davon an einem Samstag nur angerissen werden konnte.

Neben regionalen und lokalen Erfahrungen im Freistaat wurde dies noch angereichert durch bundesweite und internationale Bezüge

im Einleitungsreferat der VVN-BdA-Bundesvorsitzenden Cornelia Kerth aus Hamburg.

Handlungsperspektiven diskutiert

So kam es auch, dass sich zusätzlich zu den beiden vorbereiteten Arbeitsgruppen »Die Erinnerungsarbeit und ihr Stellenwert in der VVN-BdA« und »Verfassungsschutz?

– Demokratieschutz!« spontan eine weitere bildete, in der Mitglieder sich, meist ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen, über den »Ist-Zustand«, über Zugangsmotive, Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven ihrer VVN-BdA austauschten.

Work in Progress – so lässt sich dieser Konferenztag wohl bilanzie-

ren. Das ist doch schon mal nicht schlecht.

Viele Diskussionsbeiträge und eine Reihe von »Wandzeitungen« einzelner Kreisverbände zeigten auch, dass solche Arbeit oft mit viel Elan auf örtlicher Ebene stattfindet - in Eigenregie und in unterschiedlichsten Bündniszusammenhängen.

Ernst Antoni

Ehrung für Hermann und Hugo Höllenreiner bei der Landes-MV der VVN-BdA

Unermüdlich aufklärend

Im Rahmen der Landesmitgliederversammlung in Dachau ehrte die VVN-BdA Hugo und Hermann Höllenreiner, die in diesen Tagen ihren 80. Geburtstag feiern konnten. Die beiden weit über Bayern hinaus bekannten Zeitzeugen und Cousins, die den Völkermord an den Sinti und Roma überlebt haben und heute in Ingolstadt bzw. in der Nähe von Mühldorf am Inn leben, sind Mitglieder der VVN-BdA.

Hermann Höllenreiner wurde im März 1943 als neunjähriges Kind zusammen mit seiner Familie von München in das so genannte »Zigeunerlager Auschwitz« verschleppt, als weitere Leidenstationen folgten die Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen bei Berlin.

Auf einem Todesmarsch gelang ihm die Flucht. Befreite französische Kriegsgefangene nahmen sich des völlig entkräfteten Jungen an, nahmen ihn mit nach Frankreich und drängten ihn, seine deutsche Herkunft zu verbergen, denn »die Deutschen werden gehasst«. Eine Familie in Paris nahm ihn auf.

Erst im Dezember 1946 konnte er zu seiner Familie zurückkehren, nachdem seine Häftlingsnummer auf dem Arm entdeckt und seine Angehörigen vom Internationalen Suchdienst Bad Arolsen ermittelt worden waren.

Hugo Höllenreiner, aufgewachsen in München-Giesing, wurde ebenfalls 1943 mit seinen Angehörigen nach Auschwitz deportiert. Dort wurde der Neunjährige vom SS-Arzt Josef Mengele mit brutalen medizinischen Experimenten gequält. Nach Auschwitz musste Hugo Höllenreiner noch die Konzentrationslager Ravensbrück, Mauthausen in Oberösterreich und

Bergen-Belsen durchleiden, bevor er befreit wurde.

Peter Poth, GEW Regensburg, zeigte Ausschnitte aus dem bewegenden Film »Dui Roma – Zwei Lebenskünstler« über Hugo Höllenreiners Leiden in Auschwitz mit Vertonung von dessen Erinnerungen durch den jungen Wiener Komponisten Adrian Gaspar.

Anschließend las Helga Hanusa aus dem Buch über Hermann Höllenreiner »Mano – der Junge, der

nicht wusste, wo er war« von Anja Tuckermann.

Die Würdigung der noch immer unerlässlich als Zeitzeugen aktiven Jubilare nahm Ernst Grube vor, langjähriger Landessprecher der bayerischen VVN-BdA, auch er inzwischen 80 Jahre alt, Zeitzeuge und Überlebender des Holocaust.

In seiner Rede sprach er auch über die nach 1945 anhaltende Diskriminierung der Sinti und Roma, etwa durch das in den 50er Jahren vom bayerischen Landtag verabschiedete »Landfahrergesetz« oder das Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956, wonach »nicht die Rasse als solche, ... sondern die ... asozialen Eigenschaften der Zigeuner« Grund der Verfolgung der Sinti und Roma durch die Nazis gewesen seien.

Guido Hoyer



Links im Bild Hugo Höllenreiner, rechts Hermann Höllenreiner, geehrt von Ernst Grube und Cornelia Kerth.

Foto: Harald Munding

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

November

November
Wolfgang Kummer, München, 86 Jahre;
Anneliese Puchner, München, 81 Jahre;
Jürgen Berghoff, Alerheim, 75 Jahre;
Wolfgang Hauf, Nürnberg, 65 Jahre;
Marianne Walther, München, 65 Jahre;
Joachim Bender, Sulzbach-Rosenberg, 60 Jahre;
Klaus Bruno Engelhardt;
Schwarzenbach; 60 Jahre; Hubert Graf, Wittislingen. 60 Jahre.

Dezember

Irngard Göhring, Birgland, 92 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 87 Jahre; Maria-Luise Bertram, Augsburg, 84 Jahre; Ernst Grube, München, 81 Jahre; Helga Schuncke, München, 75 Jahre; Günter Deinlein, Fürth, 60 Jahre.

Vielfältige Aktivitäten in bayerischen Städten und Regionen

Für Flüchtlinge, gegen Nazis

Die letzten August- und die ersten Septemberwochen waren, obwohl sie noch in die Ferienzeit fielen, geprägt von vielfältigen politischen Auseinandersetzungen, die weit über die üblichen Wahlkampf-Querelen hinausgingen.

So gab es zum Flüchtlings-Zug der »Non-Citizens« von der VVN-BdA Bayern eine öffentliche Solidaritäts-Erklärung: »Am 20. August beginnen die Non-Citizens in Bayern eine neue Etappe ihres Kampfes. In zwei Protestzügen wollen sie von Würzburg über Nürnberg und Augsburg bzw. von Bayreuth über Regensburg, Landshut und Freising nach München ziehen, Sie wollen ihrer Empörung über die menschenunwürdigen Bedingungen in einem Land Ausdruck geben, das sich als Vorbild an Demokratie aus-

gibt. (...) Was mit Asylsuchenden in unserem Land geschieht, ob ihnen Schutz und Hilfe gewährt wird oder sie als Menschen ohne Rechte in Lagern vegetieren müssen, das ist eine Frage unserer Demokratie. Als Organisation ehemaliger Verfolgter des Naziregimes ist für uns das Schicksal von Flüchtlingen von besonderer Bedeutung.«

Diese Solidarität wurde im Verlauf des Zuges sehr wichtig. Bei der VVN-Landesvorstandssitzung im September resümierte ein Aktiver

aus Nordbayern: »Immer dort, wo es keine Öffentlichkeit gab, kam es zu Polizeieinsätzen gegen die Flüchtlinge«. Bis zum Abschluss der Aktionen, als die Flüchtlinge im Münchner DGB-Haus Schutz gesucht hatten und dies mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen dort verbunden werden konnte – vor allem der Arbeitskreis »Aktiv gegen rechts« und andere Gremien der Gewerkschaft ver.di hatten sich hier engagiert – blieb die Solidaritätsfrage im Zentrum.

Gefordert waren VVN-Mitglieder auch bei den Propagandatouren von NPD und »Pro-Deutschland«. Erfahrungsberichte gab es im Landesvorstand unter anderem aus Nürnberg, Bamberg, Amberg, Regensburg, Augsburg, Gersthofen, Kempten, Kaufbeuren und Landshut. Quintessenz: Fast überall stellten sich Menschen aus vielfältigen gesellschaftlichen Spektren meist in beachtlicher Zahl, den Nazi-Provokationen entgegen.

Spenden für die VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München,
Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464,
Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Otto-Brenner-Preis für »NSU-watch«

Eine erfreuliche Mitteilung erreichte uns: »Die von der ›Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München‹ (a.i.d.a. e.V.) mitgetragene Initiative ›NSU-watch‹ erhält von der Jury des ›Otto Brenner Preises‹ den ›Medienprojektpreis 2013‹.« Die »Otto-Brenner-Stiftung«, die diesen Preis verleiht, ist die Wis-

senschaftsstiftung der IG Metall. Die Jury des renommierten Preises für Journalist/innen vergibt in diesem Jahr den »Medienprojektpreis« an das Weblog von »NSU-watch« (www.nsu-watch.info).

Die Preisverleihung der mit 2.000 Euro dotierten Auszeichnung findet am 12. November in Berlin statt.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, wird die Festrede halten (»Kritischer Journalismus als Verfassungsauftrag«).

Weitere Informationen zu den prämierten Beiträgen und Preisträgern siehe www.otto-brenner-preis.de

HESSEN

Esther Bejaranos »Erinnerungen« berühren Alt und Jung

Eine erfolgreiche Buchpremiere

Esther Bejaranos »Erinnerungen - Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen Rechts« sind zur Frankfurter Buchmesse im Oktober in deutscher Erstausgabe im Hamburger Laika-Verlag erschienen. Der Verlag nahm das zum Anlass, gemeinsam mit der VVN-BdA, dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-45 und dem Frankfurter DGB zu einer »musikalischen Buchpremiere« ins Frankfurter Titania einzuladen.

Die ehemalige »Liederhalle« war nicht nur Versammlungsort der frühen Arbeiterbewegung, hier hielt auch, woran eine Gedenktafel erinnert, Rosa Luxemburg 1913 ihre Rede gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung, wegen der sie zu einer Festungshaft verurteilt wurde. Heute ist das Titania Heimstätte des Frankfurter Freien Schauspiel-Ensembles, zu dessen Programm neben Klassikern wie Brecht oder Moliere auch zeit- und gesellschaftskritische Stücke gehören.

Die Buchpremiere fand einen breiten Unterstützerkreis. Dazu gehörten u.a. die Bildungsstätte Anne Frank, das Auschwitzkomitee, die Internationale Widerstandsföderation

FIR, der Club Voltaire, die Jüdische Gemeinde, das Frankfurter Kulturde-

zernat und mehrere Initiativen. Trotz einer Vielzahl von Veranstaltungen

am selben Abend, hervorgerufen durch die Buchmesse, war der Saal im Titania mit über 160 Besuchern bis auf den letzten Platz besetzt.

Frankfurts grüne Ex-Bürgermeisterin Jutta Ebeling, heute Vorsitzende des Fördervereins des Fritz Bauer-Instituts, hielt die Eröffnungsansprache. In sehr persönlichen Worten hob sie das außerordentliche politische und künstlerische Engagement der Autorin hervor, nahm Bezug auf den Lebensweg dieser einzigartigen Frau und ließ das Publikum spüren, wie sehr sie von den »Erinnerungen« Esther Bejaranos angetan und berührt war.



Joram Bejarano, Esther Bejarano und Kutlu Yurtseven beim Konzert im Titania (von links nach rechts).
Bild: K.H. Dellwo

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

So erging es auch dem Publikum, als Esther aus ihren »Erinnerungen« vorlas.

Höhepunkt des ebenso informativen wie unterhaltsamen Abends war dann der Auftritt der 88jährigen Sängerin gemeinsam mit ihrem Sohn

Joram und Kutlu Yurtseven von der Rap-Band Microphone Mafia. Er schilderte, wie es zur Zusammenarbeit zwischen Esther Bejarano und der Rap-Band gekommen war, einem Zusammenwirken, das Menschen aus drei Generationen und drei Religionsgruppen verbindet. Das

Publikum aus Alt und Jung und alle Mitwirkenden waren mit dem Abend hoch zufrieden.

Die fünfzig Buchexemplare, die Verlagsmitarbeiter mitgebracht hatten, waren im Nu ausverkauft; Esther gab gerne ihre Signatur.

P.C. Walther

»Esther Bejarano: Erinnerungen – Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen Rechts«, herausgegeben von Antonelle Romeo, Laika-Verlag Hamburg, 2013, 208 S., Hardcover mit Schutzumschlag, mit einer DVD mit Gesprächsaufzeichnungen und Ausschnitten aus einem Bejarano-Konzert, 21 Euro. ISBN: 978-3-94233-04-8.

Aus antifaschistischer Sicht

Die Kasseler Bombennacht

Wenn an die alliierten Flächenbombardements auf deutsche Städte erinnert wird, dann sind es oft die öffentlichen Einrichtungen, die insbesondere die Opfer und Zerstörungen ihrer Stadt betauern, oder aber die Neonazis, die von den alliierten »Kriegsverbrechen« oder gar einem »Bombenholocaust« fasneln.

In Kassel fand diesmal zur Erinnerung an den 70. Jahrestag der Bombennacht vom 22./23. Oktober 1943, bei der rund 10.000 Menschen ums Leben kamen und ein Großteil der Innenstadt zerstört wurde, auch eine Veranstaltung des Kasseler Friedensforums, der Naturfreunde Hessen-Kassel und der VVN-BdA statt. Hier sollte es um die Vorgeschichte und Ursachen der Bombardierung gehen, die Folgen der Bombardierungen für die Menschen in Kassel aus der Sicht von antifaschistischen Zeitzeugen und die Lehren für die Friedensbewegung heute.

Über 80 Interessierte erfuhren, wie sich die Stadt Kassel geradezu als »Magnet« für alliierte Luftangriffe entwickelte: Kassel war seit 1935 Ort der »Reichskriegertage« – ein Höhepunkt der faschistischen Kriegspropaganda, die Rüstungsbetriebe Henschel, Wegmann oder Fieseler bildeten seit 1934 ein Zentrum des Panzerbaus und der Flugzeugmotoren-Produktion im Reich. Kassel war Sitz des Generalkommandos des Heeres und zahlreicher Militäreinheiten sowie ein Verkehrsknotenpunkt, der für den Umschlag von Rüstungsgütern und die Truppentransporte eine hohe Bedeutung hatte.

Von großer Intensität war das Gespräch, das ein Abiturient mit drei Zeitzeugen über ihre Sicht auf diese Tage führte. Christel Bauer berichtete von den Erzählungen seiner Mutter, die ihn genau in dieser Nacht im Bunker am Weinberg zur Welt gebracht hatte, während Herta Belz und Jochen Boczkowski ihre Sicht als Jugendliche auf dieses Ereignis und die Zeit schilderten. Auf die Frage, was sie als Erfahrungen für heute mitgenommen haben, nannte Herta Belz ihre tiefe Abneigung gegen Krieg und Kriegspropaganda, die man ja bis heute erlebe, während Jochen Boczkowski die Erinnerungen auch an

diejenigen lebendig halten möchte, die standhaft geblieben sind, z.B. durch Stolpersteine.

Zum Abschluss formulierte Peter Strutynski Ambivalenzen aus der Sicht der Friedensbewegung. So ist es trotz der Erfahrung der Bombennacht in den 50er Jahren nicht gelungen, die Remilitarisierung und das Wiedererstarken des Rüstungsstandorts Kassel zu verhindern. Er schloss aber mit der optimistischen Perspektive, dass heute immer mehr Menschen sich vom Primat des Militärischen abwenden – auch in Kassel.

Ulrich Schneider

Mahnmalbeseitigung

Die Frankfurter Stadtverwaltung will erneut das Mahnmal gegen neonazistische Gewalt, das im Stadtteil Bockenheim auf dem Hülya-Platz steht, beseitigen. Das Mahnmal ist dem »Hammering Man« nachempfunden und erinnert an die Opfer des neonazistischen Brandschlags 1993 in Solingen. Die Figur zerschlägt ein Hakenkreuz.

Die Stadtverwaltung, die das Mahnmal schon einmal wegen angeblicher Gefährdung durch mögliches Umfallen abtransportieren ließ, argumentiert jetzt, die Ähnlichkeit mit dem H-Man sei eine Urheberrechtsverletzung; außerdem dürfe ein Hakenkreuz öffentlich nicht gezeigt werden. Gegen die Beseitigung gibt es bereits die ersten Proteste, darunter vom zuständigen Ortsbeirat, dem Stadtteilparlament. **pcw.**

Braune Vergangenheit

Publik wurde die NS-Vergangenheit aller drei Kasseler SPD-Oberbürgermeister aus den Jahren von 1945 bis 1975 durch den zum 1100. Stadtjubiläum erschienenen Sammelband »Kassel in der Moderne«.

Darin wird darauf hingewiesen, dass Kassels erster Nachkriegs-Oberbürgermeister Willi Seidel (OB von 1945 bis 1954) 1937 die Aufnahme in die NSDAP beantragt hatte; sein Nachfolger Lauritz Lauritzen (OB von 1954 bis 1963) gehörte der Reiter-SA und dem NS-Rechtswahrbund an.

Karl Branner, OB von 1963 bis 1975, war NSDAP-Mitglied seit 1933 und führend im NS-Rechtswahrbund tätig. Seine Doktorarbeit wird von Dietrich Krause-Vilmar als »durch und durch nationalsozialistisch« bezeichnet. **pcw.**

Nunmehr am 30. November – Mit Vortrag über Rechtsextremismus in Hessen

Einladung zur Landesversammlung

Der Landesausschuss der VVN-BdA Hessen hat den Termin der Landesmitgliederversammlung auf den 30. November vorverlegt.

Beginn der Landesversammlung ist um 14.00 Uhr. Versammlungsort ist das Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77, Erdgeschoss, Saal Teil A.

Im ersten Teil der Landesversammlung wird der Kasseler Soziologe Helge von Horn einen Vortrag über »Die rechtsextreme Szene in Bewegung – neue Erscheinungs- und Organisati-

onsformen« halten. Zu diesem Teil der Versammlung sind auch Interessierte und Gäste herzlich eingeladen.

Im zweiten Teil werden die für die Landesversammlung erforderlichen Regularien (Berichterstattung, Rechenschaftslegung, Entlastung und Neuwahlen sowie Diskussion und Beschlussfassung über vorliegende Anträge) behandelt.

Teilnahme-, stimm- und wahlberechtigt ist jedes Mitglied der VVN-BdA in Hessen, das satzungsgemäß seinen Beitrag gezahlt hat.

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen Postbank
Frankfurt, Kontonr. 49 330 - 602 , BLZ 500 100 60

Einladung zur Landesdelegiertenkonferenz

Der VVN-BdA von NRW trifft sich am Samstag, 8. Februar 2014 im Verdi-Haus in Düsseldorf, Karlstraße 123-124, direkt am Hauptbahnhof.

Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen! – Für einen starken antifaschistischen Bund – Nazis, Militaristen und Rassisten stoppen!

Das ist das Motto der Landesdelegiertenkonferenz und des Entwurfs ihres Leitantrages, der mit den Worten beginnt:

»Im Sommer 2014 jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal und der des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal. Die Kriegsschuld lag bei Deutschland. Wir sind

aufgerufen, die Verantwortung zu erkennen und nie wieder derartige Jahrtausendverbrechen zuzulassen. Es gilt, eine breite Friedensbewegung und umfassende antifaschistische Bewegung zu schaffen. Die Stärkung unserer Kampfgemeinschaft, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten ist eine vordringliche Aufgabe.«

Diesen Entwurf des Leitantrages hat der Landesausschuß zur Diskussion innerhalb, aber auch

außerhalb der Landesvereinigung veröffentlicht.

Es wurden darin u.a. neu behandelt: die Themen 100 Jahre Erster und 75 Jahre Zweiter Weltkrieg, die Veränderungen seit dem VS-Skandal um den NSU, das Versagen der Landespolitik in den Bereichen Antifaschismus und Friedenspolitik sowie die politischen Herausforderungen für den Antifaschismus und Antirassismus in NRW und für die Schaffung demokratischer

Krisenauswegsszenarien. Diskussionsbeiträge, Änderungsvorschläge, Kritik bitte an: nrw@vvn-bda.de.

Hier und unter www.nrw.vvn-bda.de ist auch der Wortlaut des Leitantrags-Entwurfes zu erhalten.

Es können sich dort auch Gäste anmelden. Auf der Homepage der VVN-BdA NRW sind ständig neue Meldungen zu den Themen unserer Arbeit zu finden.

Neue Ausstellung im Historischen Rathaus

»1933 bis 1945 – Widerstand und Verfolgung in Mülheim an der Ruhr«

Bis Februar 2014 wird in Mülheim die neue Ausstellung der VVN-BdA »1933 bis 1945 – Widerstand und Verfolgung in Mülheim an der Ruhr« im Foyer des Historischen Rathauses gezeigt. Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld und der neugewählte Kreisvorsitzende der VVN-BdA/Mülheim an der Ruhr, Andreas Marquardt, eröffneten die Ausstellung am 28. Oktober. Kostenlose Führungen für Schulen und Organisationen sowie ein Ausleihen der Ausstellung können unter den folgenden E-Mail-Adressen angefragt werden: hel.hermann@arcor.de und andy.marquardt@gmx.net.

Es handelt sich um eine neu überarbeitete Fassung der bereits vor einigen Jahrzehnten erstellten Ausstellung der Mülheimer VVN-BdA. Bei der sowohl vom Inhalt als auch optisch vollständig neu erarbeiteten Ausstellung handelt es sich um eine Wanderausstellung, die zukünftig sowohl in Schulen als auch in Jugendzentren aufgestellt werden soll. Sie dient der Unterstützung für die Erinnerungsarbeit zur Zeit von 1933 bis 1945 und als Beitrag zur Aufklärung gegenüber neofaschistischen Tendenzen der Gegenwart. Die Ausstellung umfasst Themenstellungen wie die Vorgeschichte des Nazi-Regimes, die Machtübertragung an Hitler, der Widerstand, die Judenverfolgung, die Zwangsarbeit, die Lager sowie die Vernichtung, die Euthanasie, die Sinti und Roma im Nazi-Regime, den Krieg und das

Ende der NS-Herrschaft. Alle Themen werden aus Mülheimer Perspektive dargestellt und beziehen sich auf

Mülheimer Geschehnisse. Teil der Ausstellung ist eine Begleitbroschüre. **A.M.**



Von links: Dagmar Mühlenfeld, Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim a. d. R., Helmut Hermann, Ehrenvorsitzender der VVN-BdA / Kreisvereinigung Mülheim, (SPD), Andreas Marquardt, Kreisvorsitzender VVN-BdA / Mülheim a. d. R., Ausstellung und die Broschüre: Dr. Barbara Kaufhold, Vera Herzogenrath,

VVN-BdA in Bochum

Die Stadt soll Paul von Hindenburgs Ehrenbürgerschaft aufheben

Bochum hatte Hindenburg im Jahr 1917 zum Ehrenbürger ernannt. Hindenburg hatte als Reichspräsident der Weimarer Republik im Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Dessen Ehrenbürgerschaft wurde in Bochum bereits 1984 aberkannt. Einige hundert Unterschriften für die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Hindenburgs hat die VVN-BdA bereits zusammen, sagte ein Sprecher der VVN-BdA - darunter zum Beispiel Frank Bsirske von ver.di oder der Bochumer Opel-Betriebsratsvorsitzende Rainer Eienkel. **belek**

Überfall auf Filmveranstaltung

»Blut muss fließen« wird dennoch in Essen gezeigt

Zum Abbruch der Filmvorführung im AWO-Fanclub nach Attacke rechter RWE-Hooligans nahm die VVN-BdA Essen Stellung. Sie begrüßt die Entscheidung, den Film - die Anti-Nazi-Dokumentation »Blut muss fließen - Undercover unter Nazis« - nun in größerem und gesicherten Rahmen im Stadionbereich von Rot-Weiß-Essen erneut zu zeigen. **P.S./A.C**

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto: Postbank Essen, Konto 28
212-435,
BLZ 360 100 43

5. Regionalkonferenz im Aachener Raum

»Aktiv gegen Rechts« fordert Auflösung der Partei »Die Rechte«

Rund 100 Menschen haben in Stolberg an der fünften Auflage der Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts« teilgenommen. In einer Schlusserklärung forderten die Teilnehmer der Konferenz unter anderem ein erneutes Verbot der aggressiv-fremdenfeindlichen Neonazi-Aufmärsche Anfang April in Stolberg für den Fall, daß Neonazis nach einem ersten Verbot im Jahre 2013 abermals Demonstrationen planen.

Neben Vertretern von Gewerkschaften, Parteien, Anti-Rechts-Bündnissen und antifaschistischen Initiativen wohnten zeitweise auch der Städteregionsrat Helmut Etschenberg (CDU), der Aachener Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU), die Aachener Bürgermeisterin Hilde Scheidt (Grüne), der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko (Die Linke) sowie der stellvertretende Bürgermeister aus Alsdorf, Heinrich Plum (SPD), und Stolbergs Bürgermeister Ferdi Gatzweiler (SPD) der Konferenz bei.

Für die Leitung der Forschungsstelle Rechtsextremismus/Neonazismus an der FH Düsseldorf, hielt Dominik Clemens, Koordinator des an der Volkshochschule Aachen angesiedelten »Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus« (LAP),

das Eingangsreferat. Clemens informierte schwerpunktmäßig über die bundesweiten und regionalen Strukturen der Parteien NPD und »Die Rechte« (DR). Letztere nannte Clemens eine »Camouflage-Partei«, deren Sinn in NRW überwiegend darin liege, die Arbeit verschiedener verbotener Neonazi-Gruppen fortzuführen.

Clemens warnte davor, solche Parteien nur anhand ihrer Programmatik zu bewerten, vielmehr gehe es darum, auch das Handeln und Auftreten der Kader und Mitglieder genau zu beobachten und zu analysieren. Die Militanz der ehemaligen Mitglieder früherer Neonazi-Gruppen und »Kameradschaften« sei weiterhin eine Gefahr.

In der späteren Publikumsdiskussion forderte der Politologe Richard

Gebhardt ein Verbot jenes »Auffangbeckens verbotener Organisationen« und eine Korrektur des »Fehlers des Bundeswahlleiters«, der die DR als Partei anerkannt habe.

Auf einem »Markt der Möglichkeiten« informierten zahlreiche Initiativen aus der Region mit Infotischen und Stelltafeln über ihre Arbeit. Vertreten waren etwa die Stolberger Gruppe Z, die DGB-Jugend, die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V., die Opferberatung Rheinland oder die VVN-BdA. Schülerinnen und Schüler der gastgebenden Ganztags Hauptschule Kogelshäuserstraße brachten sich mit einem Auftritt der Trommelgruppe und einen Film über die Verfolgung jüdischer Bürger in Stolberg ein. In den Nachmittagsstunden fanden Workshops

zu verschiedenen Themen statt. Vorausschauend zum Kommunalwahlkampf 2014 widmete sich einer davon der Diskussion, wie Migranten und Antifaschisten gemeinsam den Einzug rechter Parteien in die Räte verhindern oder jene Parteien und deren fremdenfeindliche Propaganda zumindest entlarven können.

Wie in den vorangegangenen Jahren richtete auch die fünfte Auflage der Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts« in einer Schlusserklärung verschiedene Appelle an die regionale Politik. Die fremdenfeindlichen Aufmärsche in Stolberg müssten auch 2014 verboten bleiben. Die sechste Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts« findet 2014 in Würselen statt.

(mik)

Gegen die Pogromstimmung in Duisburg

DISS: »Ein gesellschaftliches Gesamtproblem«

»Die jüngsten romafeindlichen besorgniserregenden Ereignisse – Aufmärsche von Rassisten aus der Mitte und von rechts vor einem Roma-Haus - in Duisburg erinnern alarmierend an die rassistische Pogromstimmung von Anfang der 1990er Jahre.« Das erklärte das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Prof. Siegfried Jäger, der Gründer des DISS, erklärte: »Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen rund um das Haus in Duisburg-Bergheim erinnern fatal an die rassistische Pogromstimmung von Anfang der 1990er Jahre. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel in der Ausländerpolitik. Eine Politik der Abschreckung, Ausgrenzung, der Assimilationsforderungen und der sozialen Vernachlässigung schafft Probleme statt sie zu lösen, und sie schürt den Alltagsrassismus in der Bevölkerung.

Die akute Zuspitzung der Situation in Bergheim erfordert aber zunächst einmal sofortiges Handeln. Die Polizei und die Stadt Duisburg sind in der Pflicht, die Unversehrtheit der Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses ‚In den Peschen‘ sicherzustellen, damit Duisburg nicht bald schon durch eine neue

vorhersehbare Katastrophe zum Ort des Schreckens wird.«

Zum Hintergrund der Entwicklung erklärte das DISS: Seit Mitte der 1980er Jahre befasst sich das Duisburger Institut mit den Reaktionen deutscher Bürgerinnen und Bürger auf die Einwanderung nach Deutschland. Siegfried Jäger, Professor an der Universität Duisburg/Essen und langjähriger Vorsitzender des DISS und das gesamte DISS-Team haben in einer Vielzahl von Projekten und Veröffentlichungen belegen können, dass in Deutschland ein alltäglicher Rassismus herrscht, der alle Bevölkerungsschichten erfasst hat und durch Politik und Medien fortlaufend geschürt wird. Rassismus ist keine Erfindung einiger extrem rechter Wirkköpfe, sondern ein gesellschaftliches Gesamtproblem, das von ihnen nur ausgenutzt wird. Will man Rassismus bekämpfen, sollte

man nicht nur auf den extremen rechten Rand zielen, sondern auf die Faktoren, die diesen Rassismus beständig hervorbringen: z.B. eine restriktive Ausländerpolitik in Deutschland und die fast durchweg miserable Berichterstattung in den Medien.

Klar sollte werden: Zuwanderung ist ein Menschheitsphänomen seit es Menschen gibt. Anders gesagt: Seit es Menschen gibt, wandern sie. Diese Wanderungen waren und sind die Grundlage für das Entstehen großer Städte und Ballungsgebiete wie z. B. das Ruhrgebiet.

Die derzeitige Einwanderung von Menschen aus Südosteuropa nach Duisburg, Berlin und anderen Städten ist auf die riesige Armut und auch auf die Verfolgung der Roma vor allem in Rumänien und Bulgarien zurückzuführen. Außerdem fliehen

Menschen vor Kriegen in Afghanistan, dem Irak, Syrien und anderswo.

Mit ihnen wandern auch andere Sprachen, Prägungen, Sitten, Gebräuche und Religionen in den Zielländern ein, was zwar immer auch eine Bereicherung bedeutet, aber auch Missverständnisse, Streitigkeiten und Belastungen nach sich ziehen kann.

Die Konsequenz daraus ist: Einwanderer brauchen Hilfe und Unterstützung. Das gilt aber auch für die von Armut betroffenen Eingeborenen. Und genau da liegen die Probleme: Die Hilfe und Unterstützung bleibt weitgehend aus, und damit die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben. Damit eröffnet sich ein Betätigungsfeld für extreme Rechte. Die Konflikte eskalieren bis zu Pogromstimmung und Brandanschlägen, wie dies (nicht nur) in den 1990er Jahren in Rostock, Solingen und Mölln und in Tausenden weiteren Gemeinden der Fall war. Die Idee der Demokratie gerät unter Druck, Einwanderer und Alteingesessene werden allein gelassen. Der Staat und seine Organe versagen.

www.diss-duisburg.de

Naziaufmarsch in Göppingen:

**Polizeilich durchgesetzter
Tummelplatz für Nazis**

Am 12. Oktober gaben sich Nazis der schlimmsten Sorte in Göppingen die Ehre. Darunter »einer der treuesten Unterstützer des terroristischen NSU«, wie die regionale Sonntagszeitung den Nazi Karl-Heinz Statzberger nennt, der für die Naziszene den Münchner NSU-Prozess beobachtet.

Außerdem war dabei Maik E., der Zwillingbruder eines der NSU-Angeklagten und auch Roland Wuttke, der per Mail mit dem norwegischen Massenmörder Breivik in Kontakt gestanden haben soll.

Wie die Stars seien sie von den 141 Neonazis, die nach Göppingen gereist waren, angehimmt worden, so wurde berichtet. Auch von der Polizei wurden sie hofiert: Kaum irgendwo werden die Nazis so effektiv von Protesten abgeschirmt, wie am Heimspielort der baden-württembergischen Bereitschaftspolizei.

Die Stadt Göppingen hatte vergeblich versucht, den Naziaufmarsch zu verbieten, zumal dessen Charakter durch eine Morddrohung gegen den

Sprecher des Bündnisses »Kreis Göppingen nazifrei« unverkennbar war.

Nazigegner/innen wurden an drei Stellen eingekesselt, stundenlang festgehalten und unter dem Vorwurf, sie hätten gewaltsam Polizeisperren zu überwinden versucht, in Gewahrsam genommen.

Ohne Telefonmöglichkeit, ohne Rechtsbeistand und ohne Verpflegung wurden so etwa 200 Menschen bis in die Abendstunden festgehalten – teilweise in einer Garage, teilweise in Käfigen im Freien. Die Demo-Sanitäter der Gegendemonstranten versorgten 64 Patienten, davon 15 mit schweren Verletzungen

DL

Ja,

- schickt mir doch eine Probenummer
- lieber gleich ein Abo für € 10 für 4 Ausgaben/Jahr

**das alles
und noch
mehr
in den
neuen**

Antifa

Nachrichten

VVN - Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgartbaden-wuerttemberg@vn-bda.de

**Dieter Lachenmayer
Naziaufmarsch in Göppingen
polizeilich durchgesetzter
Tummelplatz für Nazis**

**UN-Syrien Resolution:
Angriff vorerst gestoppt.
Steiniger Weg zum Frieden.**

**Jens Rüggeberg
Das Massaker von Sant'Anna:
Der Schwierige Weg zur
Wahrheit**

**Janka Kluge
Sparprogramm für Hotel Silber
Streit um Lern- und Gedenk-
ort**

**Jörg Rebhan
Der 9. November vor 75 Jah-
ren:
Die Reichspogromnacht in
Württemberg und Baden**

**Andrea Schiele
80 Jahre KZ Oberer Kuhberg:
Der Beginn eines Verbre-
chens,**



Dr. Carlo Gentile bei seinem Vortrag.

Foto: Jens Rüggeberg

»Das Massaker von Sant'Anna di Stazzema –
Der schwierige Weg zur Wahrheit«

Unter dem Titel »Das Massaker von Sant'Anna di Stazzema – Der schwierige Weg zur Wahrheit« stand am 12. Juli 2013 in Stuttgart ein Vortrag des Kölner Historikers Dr. Carlo Gentile, den die VVN-BdA, Die AnStifter und die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referenten eingeladen hatten.

Das Massaker, das SS-Einheiten am 12. August 1944 in Sant'Anna di Stazzema (Toskana) verübten, ist nach demjenigen von Marzabotto das zweitgrößte an italienischen Zivilisten begangene. Gleichwohl waren die Täter von der Justiz jahrzehntelang nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Erst nachdem ein italienisches Militärgericht mehrere Tatbeteiligte aus Deutschland in Abwesenheit - sie waren nicht an Italien ausgeliefert worden - verurteilt hatte, nahm die Staatsanwaltschaft Stuttgart Ermittlungen auf, offenbar allerdings eher widerwillig. Die Ermittlungen durch Oberstaatsanwaltschaft Bernhard Häußler zogen sich jedenfalls zehn Jahre hin, und dann stellte er die Ermittlungen ein. Dr. Carlo Gentile, der maßgebliche Experte zu deutschen Kriegsverbrechen in Italien, war von Häußler nicht einmal angefragt worden.

Rechtsanwältin Gabriele Heinicke, die Überlebende vertritt, bat Carlo Gentile um Erstellung eines Gutachtens, auf das sie dann ihre Beschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen stützte. Am 21. Mai 2013 wies die Stuttgarter Generalstaatsanwaltschaft zwar die Beschwerde zurück; aber Häußler war wegen der in- und ausländischen Proteste – auch seitens der VVN - offenbar nicht mehr zu halten:

Er trat inzwischen vorzeitig in den Ruhestand.

Zentrale Aussage Gentiles: Er kann nachweisen, dass »die SS-Aktionen (denen nach seiner Schätzung knapp 400 Menschen zum Opfer fielen) nicht nur in militärisch-operativer Hinsicht sorgfältig geplant waren, sondern dass auch die Ermordung der Einwohner der ‚gesäuberten‘ Bandengebiete als ‚Banditen‘ oder ‚Bandenhelfer‘ bereits vor Beginn des Unternehmens feststand.« Dieser Nachweis ist Voraussetzung dafür, einen Tatbeteiligten wegen Beihilfe zum Mord verurteilen zu können, auch wenn nicht bewiesen werden kann, dass der Betreffende direkt und persönlich einen Einwohner von Sant' Anna ermordet hat. Seit dem Münchner Demjanjuk-Prozess ist ein solcher direkter Tatnachweis nicht mehr erforderlich. Aber nicht nur wegen des Skandals um die Einstellung der Ermittlungen war die Veranstaltung aktuell:

Die beiden Überlebenden des Massakers, Enio Mancini und Enrico Pieri, werden am 10. November mit den Stuttgarter Friedenspreis ausgezeichnet. Dazu hat die Stuttgarter Bürgerinitiative die »AnStifter« nicht nur die Preisträger sondern das ganze Dorf Sant' Anna nach Stuttgart eingeladen.

Jens Rüggeberg

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer
VVN - Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.

Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart
tel 0711 603237, fax 0711 600718

Der 40. Jahrestag des Pinochet-Putsches in Chile

Am Tag der Erinnerung und Mahnung der Demokraten Chiles gedacht

Am 12. Oktober 2013 gedachten Demokraten von Radebeul der Unidad Popular und ihres demokratisch gewählten Präsidenten Dr. Salvador Allende-Gossens. Entgegen dem Willen des einfachen chilenischen Volkes und mit Willen der chilenischen Reaktion putschte sich General Pinochet an die Macht.

Dieses Jahr führten wir das Gedenken in zwei Teilen durch. An der Stele für Salvador Allende konnten wir den Oberbürgermeister von Radebeul Bert Wendsche begrüßen. Wendsche hielt dieses Jahr die Gedenkansprache.

Anschließend lasen Schülerinnen und Schüler der Oberschule Radebeul-Kötzschenbroda Texte aus dem Buch »Flucht vor der Junta«. Ob in der Antrittsrede Salvador Allende als Präsident Chiles am 5. November 1970 oder in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung am 4. Dezember 1972 - die Schüler

lasen sehr eindrucksvoll, welchen Kampf Allende für sein Volk, aber auch gegen die Reaktion führte.

Die Auszüge aus der »Operacion Centauro« und des »18 Punkte Programms« zeigten deutlich, mit welcher Intensität die USA, die CIA, Banken und Wirtschaftsbosse bereits seit 1970 die Wahl Allendes zu verhindern suchten. Aller reaktionären Planungen zum Trotz, konnte die Wahl Allendes nicht verhindert werden.

Nun verstärkten die nationalen und internationalen Reaktionäre ihre Anstrengungen. Der Unterstützung

von hochrangigen Verrätern konnten sie sich sicher sein. Die »Empfehlungen zur Destabilisierung des Landes« vom April 1973 wurden in der Lesung ebenso vorgetragen.

Als die Schülerinnen und Schüler den kompletten Text der letzten Rede Salvador Allendes vortrugen, zeigten die Teilnehmer, aber auch die Schüler, deutlich Emotionen. Die Lesung wurde mit Bildern der Mitkämpfer Allendes, der Opfer und internationalen Solidarität unterstützt. Aber auch die Putschisten und deren Hintermänner wurden gezeigt, um der Reaktion ein »Gesicht« zu geben.

In seinen Ausführungen bewertete Bert Wendsche vor allem den Menschen Allende und wie er trotz nationalen und internationalen Widerstandes den Kampf für eine gerechte Gesellschaft nie aufgegeben hat. Er hob besonders hervor, dass Allende und die Unidad Popular sich immer demokratisch an die Verfassung Chiles gehalten haben. Nach der Ansprache von Bert Wendsche legten die Teilnehmer Gebinde und Blumen an der Stele nieder.

Roland Hering, Radebeul

Jährlicher Erfahrungsaustausch im Landesverband Sachsen

Arbeitsgruppen nahmen ihre Tätigkeit auf

Auf Einladung des Landesvorstandes VVN-BdA Sachsen trafen sich Vertreter der Basis aus den Regionen Sachsens am 15. Oktober 2013 in Dresden zu einer ersten Bestandaufnahme bei der Umsetzung der Beschlüsse der 11. Landesdelegiertenkonferenz vom Frühjahr.

Am Beginn der Beratung referierte zunächst Sven Scheidemantel, Mitarbeiter im Büro der Europa-Abgeordneten Cornelia Ernst, zum Thema »Die Entwicklung der rechten Parteien in Europa«.

Neben einer Gesamtübersicht zum breiten Spektrum rechter Parteien im gegenwärtigen Europäischen Parlament ging er vor allem auf die Wahlerfolge einiger dieser Parteien bei nationalen Wahlen in den letzten Jahren ein.

So konnten u. a. in Ungarn 2010 die Jobbik-Partei mit über 16 Prozent und die »Front Nationale« von Marie Le Pen 2012 in Frankreich zweistellige Ergebnisse verbuchen.

Eine entscheidende Frage so Erste Sprecherin Regina Elsner wird für die VVN-BdA Sachsen die zukünftige Gliederung im Landesverband mit derzeit ca. 500 Mitgliedern sein, denen sich eine Strukturkommission widmet.

Zum einen ist eine starke Überalterung der Basis festzustellen, zum

anderen gibt es mit 25 Neuaufnahmen in diesem Jahr auch Lichtblicke für die Fortsetzung der Arbeit in den Händen jüngerer Mitglieder.

Neben der Finanzkommission haben drei Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufgenommen:

- AG »2. und 3. Generation«, die**
- AG »Öffentlichkeitsarbeit« sowie die**
- AG »Geschichte und Gedenkstätten«,**

die untereinander sowie mit den beiden vorher genannten Kommissionen kooperieren.

Für 2014 stehen neben den traditionellen Terminen am 27. Januar und am 13. Februar in den Basisorganisationen die Vorbereitung der Bundeskongresses Ende Mai sowie im Juni der Aktionstag gegen die NPD in Riesa auf der Tagesordnung.

Dieter Chitralla, Leipzig

Zeitzeugen sprechen mit der Jugend

Pflege der Erinnerungsstätten



Auf dem Crottendorfer Friedhof

»Gegen das Vergessen«, so heißt ein Projekt, das vom Kreisverband Annaberg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten ins Leben gerufen wurde. Unser Ziel ist es, jungen Menschen in Gesprächen mit Zeitzeugen dem dunkelsten Teil deutscher Geschichte näherzubringen.

Aus diesem Grund wurde kürzlich eine Vereinbarung getroffen, in der sich die Oberschule Crottendorf in Verbindung mit dem örtlichen Rat bereit erklärt, die Pflege der frisch restaurierten Grab- und Begegnungsstätte auf dem Crottendorfer Friedhof

zu übernehmen. Die Schülerinnen und Schüler werden sich künftig um die Sauberkeit und Ordnung dieser Gedenkstätte kümmern.

Horst Schwind, Ehrenfriedersdorf

Impressum:
V.i.S.d.P.: Peter Giersich, Redaktion:
Landesverband des VVN-BdA Sachsen,
Strehleener Straße 14, 01069 Dresden,
Tel.: 0351/49019 03, E-Mail: vvn-bda-
sachsen@t-online.de Spendenkonto:
Commerzbank Dresden, BLZ: 850 800 00,
Konto Nr. 052 82111 00

Eine bemerkenswerte Ausstellung

»1933 und das Recht« im Niedersächsischen Landtag

Die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten hat eine Ausstellung zur Rolle der Justiz bei der Durchsetzung der faschistischen Diktatur nach der Machtübergabe an die Nazi-Partei konzipiert. Der Titel: »1933 und das Recht: Der Beitrag der Justiz zur Machtergreifung«. Am 17. September wurde sie im Landtag in Hannover präsentiert und vom Landtagspräsidenten Bernd Busemann (CDU) eröffnet. Sie war im März 2013 nach ihrer Eröffnung in der Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel bereits in mehreren Städten Niedersachsens zu sehen gewesen.

Die Ausstellung dokumentiert den Prozess der »Gleichschaltung« der Justiz anhand dreier Schwerpunkte:

Ausschaltung der politischen Gegnerinnen und Gegner

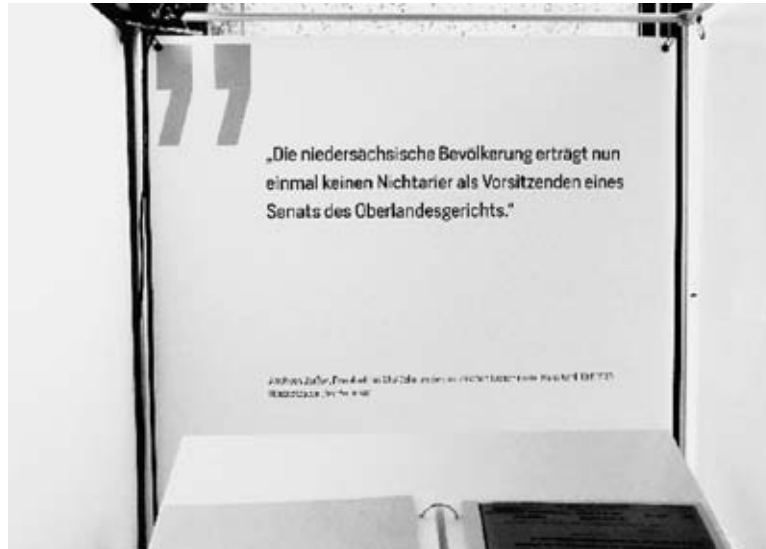
Ausschaltung demokratischer und jüdischer Juristinnen und Juristen

Ausgrenzung durch das Erbgesundheitsgesetz

Sie bietet eine Fülle von Akten zum Studium, die nicht nur die Vorgänge exemplarisch beleuchten, sondern auch durch die Bösartigkeit der kalten Verwaltungssprache beeindrucken.

Bei der gut besuchten Eröffnungsveranstaltung im Landtag begrüßte der Landtagspräsident besonders drei Ehrengäste als Überlebende der faschistischen Judenverfolgung: Salomon Finkelstein, Henry Kormann und Ruth Gröne. Dr. Habbo Knoch, Leiter der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, gab eine Einführung in das Konzept der Ausstellung. Professor Dr. Wolfgang Benz, Emeritus der TU Berlin, sprach anschließend zum Thema »Herrschaft im Ausnahmezustand: 1933 und die Folgen für das Recht«. Benz ist bekanntlich ein notorischer Verfechter der These von der Alleintäterschaft Marinus van der Lubbe beim Reichstagsbrand und der völligen Überraschung der Naziführung von diesem Ereignis. Seine Schilderung der Stationen der Faschisierung der Justiz und des Staatsrechts von der »Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat« über die »Heimtückeverordnung« und das Ermächtigungsgesetz bis hin zum »Führerrecht« zur Legitimierung der Morde beim »Röhm-Putsch« war dennoch detailliert und eindrucksvoll.

Die Landesvereinigung Niedersachsen der VVN/BdA trat zusammen mit der Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges (IROKK) zur Ausstellungseröffnung mit der nachfolgenden Presseerklärung an



die Öffentlichkeit. Die von Michael Rose-Gille (Sprecher der VVN-BdA) und Peter Dürbeck (IROKK) unterzeichnete Erklärung lautet:

Die Landesvereinigung Niedersachsen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) begrüßt ausdrücklich die

wäre die Aufarbeitung der Ereignisse des Jahres 1933 und seiner Folgen unvollständig geblieben.

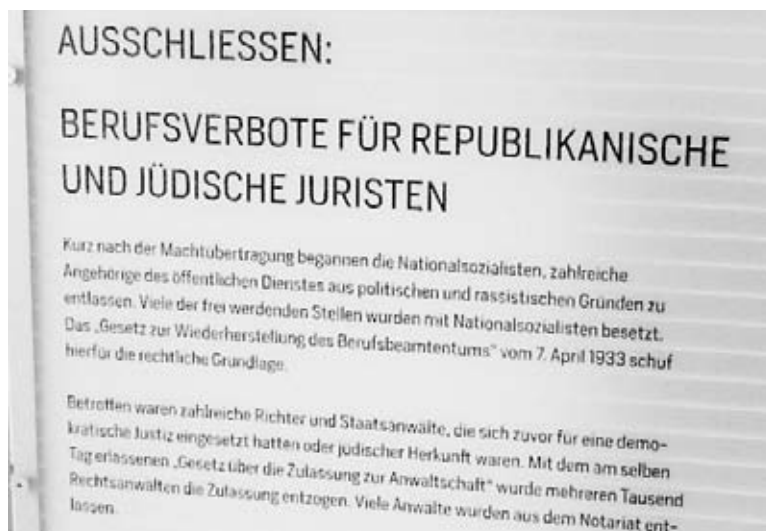
Die Ausstellung ist hervorragend gestaltet und ist damit ein gutes Instrument, um die Bedeutung dieses Themas heutigen Generationen nahe zu bringen.

Nachdem schon die Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler

»Gesetzlichkeit« betrieben. Ein großer Teil der faschistischen Verbrechen, insbesondere der Terror gegen aktive und potentielle politische Gegner und die Entrechtung und Enteignung aller »Fremdrassigen« erfolgte justizförmig. Das alles wäre ohne das riesige Heer bereitwilliger Juristen und Beamten, allen voran die »Kronjuristen« Hitlers wie Carl Schmitt, Ernst Forsthoff und Theodor Maunz, nicht möglich gewesen. Die Erhebung des »Führerwillens« zur ausschließlichen Rechtsquelle legitimierte schließlich sogar den massenhaften Völkermord und die grausamsten Kriegsverbrechen.

Die Landesvereinigung der VVN/BdA hält es deshalb für einen erheblichen Mangel der Ausstellung, dass die ungebrochenen Nachkriegskarrieren eines großen Teils dieser »furchtbaren Juristen« keine Erwähnung finden. Sie bedauert diese Tatsache insbesondere, weil zahlreiche ihrer Gründungsmitglieder, Menschen, die als aktive Widerstandskämpfer langjährige Zuchthaus- und Lagerhaft erlitten und überlebt hatten, zu Zeiten des »Kalten Krieges« erneut zu schweren Haftstrafen verurteilt wurden und damit ihrer Entschädigungsansprüche verlustig gingen. Auch nächste Familienangehörige waren solchen Verfahren ausgesetzt. Sie sahen sich dabei eben solchen schon im Faschismus als Antikommunisten bewährten Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsbeamten gegenüber. Genannt seien hier nur der Staatsanwalt Karl-Heinz Ottersbach, Ankläger am Landgericht Lüneburg, und der Richter Dr. Lenski von der dortigen 4. Strafkammer, zuständig für politische Prozesse. Beide waren während des Krieges tief in Terrormaßnahmen in den besetzten Gebieten verstrickt. Jener als Staatsanwalt beim Sondergericht in Kattowitz, dieser als Feldrichter. Die von ihnen geübte »Strafjustiz« endete für viele Betroffene tödlich.

Rwk



Behandlung der Frage nach der Rolle der Justiz bei der Etablierung und Festigung des faschistischen Staates in Deutschland durch die Ausstellung »1933 und das Recht: Der Beitrag der Justiz zur Machtergreifung!« Ohne sie

durch Paul v. Hindenburg formal im Rahmen der Verfassung erfolgt war, wurde die Errichtung der faschistischen Gewaltherrschaft und deren Ausbau immer unter dem Deckmantel einer pervertierten

Peine erinnert an 80 Jahre seit 1933 Keine Verharmlosung rechter Gewalttaten zulassen

Auch in diesem Jahr fand am Gedenkstein der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten im Peiner Herzberg am 8. Mai die Erinnerung an den »Tag der Befreiung« statt. Über 50 Anwesende verfolgten die Ausführungen und legten zum Schluss für ihre Organisationen ein Gesteck nieder. Anwesend waren u.a. der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Peine, Gerhard Brendecke (CDU) und Superintendent Dr. Volker Menke.

In ihrer Ansprache wies die stellvertretende Landrätin Eva Schlaugat (SPD) auf die Notwendigkeit hin, »sich der eigenen Geschichte zu stellen - sie verschwindet ja nicht, nur weil der zeitliche Abstand größer wird«. Sie beklagte »bedenkliche Entwicklungen«, die sich besonders im Extremfall der Mordserie der NSU äußern und nannte Bagatellisierung und Verharmlosung rechtsextremistischer Gewalttaten. Sie forderte und nannte es eine dauerhafte Aufgabe, Demokratie, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte zu erhalten.

Die Schülerinnen und Schüler berichteten auch über den in Peine geborenen Sally Perel, dessen Leben als »Hitlerjunge Salomon« verfilmt wurde. Im Jahr 2000 wurde er mit dem Ehrenring der Stadt Peine ausgezeichnet.

In seiner Begrüßung hatte Kreistagsmitglied und Kreisvorsitzender der VVN-BdA Peine, Peter Baumeister, auf das geschichtsträchtige Jahr 2013 hingewiesen. Vor 80 Jahren kamen die Nazis an die Macht und verfolgten alle, die nicht ihrer Meinung waren. Das geschah auch in



Die zwölf Schülerinnen und Schüler der Peiner Bodenstedt-/Wilhelmschule hatten sich mit dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung beschäftigt. Sie wiesen darauf hin, dass diese ihre Geschäfte mitten im Zentrum hatten und im gesellschaftlichen Leben der Stadt voll integriert waren. Das änderte sich erst 1933 und fand einen Höhepunkt bei der Verfolgung in der Reichspogromnacht. Auch in Peine wurde die Synagoge ein Raub der Flammen; der 17-jährige Hans Marburger wurde ermordet.

der Arbeiterstadt Peine, wo vor allem Mitglieder von SPD und KPD ihrer Ämter enthoben und in KZs, z.B. nach Moringen, eingeliefert wurden. Das Gewerkschaftshaus wurde besetzt und die Funktionäre verhaftet.

Musikalisch umrahmt wurde die eindrucksvolle Veranstaltung von Klaus Perger, der in seinen Antikriegsliedern die Sehnsucht nach Frieden aussprach und die Sinnlosigkeit von Kriegen anprangerte.

Peter Baumeister

Wiederentdeckt: VW-Außenlager von Buchenwald

Zeugnisse aus dem Konzentrationslager Holzen

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges haben die deutschen Konzernherren noch fanatische Versuche gemacht, die Rüstungsproduktion für den verbrecherischen Krieg zu steigern. Um den zunehmenden alliierten Bombenangriffen zu entgehen, wurden Bergwerke und Stollen ausgebaut, um die Produktion unter Tage fortsetzen zu können. Dabei haben sie hemmungslos das Leben zehntausender Zwangsarbeiter/innen und KZ-Häftlinge unter unsagbaren Bedingungen vernichtet.



So auch die Volkswagenwerk GmbH u.a. in Holzen bei Eschershausen, wo dafür im September 1944 das KZ »Hecht«, ein Außenlager des KZ Buchenwald, errichtet wurde. Dort mussten u.a. auch französische Häftlinge Zwangsarbeit leisten. Einer von ihnen, Camille Delétang, fertigte dort ca. 200 Zeichnungen an. Anfang April 1945 wurde das Lager geräumt, die Mappe mit den Bildern übergab er einem Lagerarzt in der Annahme, dass dieser mehr Chancen haben würde, die Lagerzeit zu überleben.

Die Häftlinge wurden über das KZ Drütte nach Bergen-Belsen deportiert. Bei einem alliierten Bombenangriff auf den Bahnhof von Celle kam es zu einer Massenflucht von Häftlingen und einem anschließenden Massaker durch die SS und die Zivilbevölkerung. Seitdem galten die Zeichnungen als verschollen. Erst im vergangenen Jahr sind sie wieder aufgetaucht. Eine Familie aus Celle übergab sie völlig überraschend im Sommer 2012 der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Eine Sonderausstellung stellt den einzigartigen

Quellenfund nun der Öffentlichkeit vor. Sie wird bis 20.12.2013 in den Räumen der »Historischen Kommunikation« der Volkswagen AG in Wolfsburg gezeigt. Im Frühjahr 2014 ist auch eine Ausstellung im Dokumentationszentrum des KZ Bergen-Belsen geplant.

Weitere Informationen unter www.wolfsburg.vvn-bda.de
Alfred Hartung

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung
Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16,
30161 Hannover, Tel.: 0511-331136,
FAX: 0511-3360221, E-Mail:
niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Redaktion: Michael Rose-Gille

VVN-BdA schreibt dem Senator ihren Protest

Wie weiter mit den Lampedusa-Flüchtlingen?

Viel Protest angesichts der unerträglichen Haltung des Senats, der auch nach der klaren Stellungnahme des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung mit keinem Wort auf die Möglichkeiten des § 23 Aufenthaltsgesetz für die Lampedusa-Flüchtlinge (antifa berichtete) eingeht. Der § 23 bietet durchaus die Möglichkeit einer humanitären Aufenthaltsgewährung für die gesamte Gruppe. Daher schrieb die einst vor den Nazis nach Uruguay geflohene Steffi Wittenberg (VVN-BdA) an Innensenator Michael Neumann (SPD):

»Es ist an der Zeit, mehr Menschlichkeit, mehr Mitmenschlichkeit gerade auch mit den afrikanischen Flüchtlingen unter Beweis zu stellen. Europa und viele andere reiche Länder haben Waffen nach Afrika gesandt und tun dies noch. Wir bekommen nun Menschen in Not zurück, auch hier nach Europa.

Nun rechnen sie mit unserer Solidarität und nicht mit der »Festung Europa«! Leider liegt Deutschland nicht am Mittelmeer. Aber das kann kein Kriterium für eine würdige Aufnahme und Herberge in unserem Land sein. Anstand und Einhaltung der Menschenrechte – egal welche Hautfarbe die Hilfesuchenden haben – das ist das Mindeste, das unsere Regierenden den Flüchtlingen entgegenbringen sollten.«

Am 23. Oktober hatte der VVN-Landesvorstand zwei der Sprecher von Lampedusa in Hamburg zu Gast. Affo Tchassei führte aus, dass die Flüchtlinge überwältigt seien von der Solidarität, die sie aus breiten Kreisen der Hamburger Bevölkerung erfahren.

»Wir waren ganz allein und haben uns keine Aussicht auf Erfolg ausgerechnet. Dank der Menschen,



Affo Tchassei und Friday Emitola

die mit uns immer wieder auf die Straße gehen, die uns zuhören und unsere Forderungen unterstützen, die uns die Kraft gegeben haben durchzuhalten, ist der Senat jetzt gezwungen, zumindest direkte Gespräche mit uns zu führen.«

Die immer wieder vom Senat propagandistisch vorgetragene Forderung, die Flüchtlinge müssten sich zu erkennen geben, wies er zurück: »Wir zeigen uns öffentlich, wir haben in Italien einen humanitären Aufent-

halt bekommen, wir haben gültige Papiere. Die Hamburger kennen uns und in den ganzen Auseinandersetzungen haben wir schon das Gefühl, dass wir dazugehören – wir sind schon integriert.«

Das Angebot des Senats, den Mitgliedern der Gruppe Duldungen auszustellen, mit denen sie Zugang zu Unterkünften und Leistungsbezug bekämen, sehen Affo Tchassei und Friday Emitola kritisch. Man wartet Monate oder gar Jahre auf ein Ergebnis

und weiß nicht, wie das Verfahren ausgeht. In der Zwischenzeit laufen die italienischen Papiere aus. »Dann wären wir am Ende wirklich illegal«, sagt Affo.

Und Friday Emitola fügt hinzu: »Unsere Forderungen sind klar. Wir sind nach Europa gekommen, weil wir hier die Lebensperspektive haben wollen, die uns in Libyen genommen wurde.

Dazu gehört Arbeit. Das ist nicht zu viel verlangt. Weite Teile der

Bevölkerung unterstützen uns. Die Politiker sollten ihre Strategie, die die ganze Stadt ins Chaos stürzt, überschlafen und endlich auf das eingehen, wozu unsere Anwälte raten, Aufenthalt für alle auf der Grundlage des § 23.

Wir haben schon Asylanträge in Italien gestellt, einen zweiten Asylantrag darf man gar nicht stellen. Unsere Anträge wurden dort geprüft und akzeptiert.«

Cornelia Kerth

Offener Brief an Olaf Scholz

Gegen rassistische Kontrollen

Acht Abgeordnete der Partei Die Linke im EU-Parlament haben einen Offenen Brief an Bürgermeister Olaf Scholz geschrieben. Darin heißt es u.a.: »Mit Bestürzung haben wir der Presse entnommen, dass ... in einer groß angelegten Polizeiaktion gezielt die Identität schwarzer Menschen in Hamburg überprüft wird. Der Senat verstößt damit gegen geltendes Recht. Menschen wegen der Hautfarbe zu kontrollieren, verstößt gegen das Diskriminierungsverbot, wie das Oberverwaltungsgericht in Rheinland-Pfalz in Koblenz festgestellt hat. (...).«

Angesichts der abermaligen Toten vor Lampedusa empfinden wir diese Aktion (gemeint sind die Polizeikontrollen, hjm) als unmenschlich. Anstatt den vor politischer Verfolgung, Bürgerkrieg und Armut geschundenen Menschen die eigentlich selbstverständliche Hilfe zukommen zu lassen, wird

nun Jagd auf sie gemacht. Das empört uns um so mehr, als Ihr Parteifreund und Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz Deutschland aufgefordert hat, »mehr Flüchtlinge aufzunehmen.«

Deutschland ist das reichste Land Europas, und die Stadt Hamburg nimmt einen Spitzenplatz in der

Anzahl der ansässigen Einkommensmillionäre ein. Wer, wenn nicht die Stadt Hamburg, wäre dazu in der Lage, die so dringend erforderliche Hilfe zu leisten? Wir möchten Sie daher bitten, Ihre Position zu überdenken und die Polizeiaktion zu beenden. Die betroffenen Menschen benötigen

unsere Solidarität, und das »Tor zur Welt« Hamburg sollte ihnen das Bleiberecht einräumen.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Lösing, Gabriele Zimmer, Cornelia Ernst, Sabine Wils, Martina Michels, Thomas Händel, Jürgen Klute, Helmut Scholz (alle hjm)

Um unserer Kinder willen Ja und Ja zum Leben!

Nachruf auf Hilde Benthien.

Am 30. Juli ist unsere Kameradin, Genossin und Freundin Hilde Benthien verstorben.

Hilde wurde am 13. Mai 1921 geboren und wuchs in einem kommunistischen Elternhaus auf. Während des Faschismus beteiligte sich die Familie am Widerstand, sie versteckten Wehrmachtsdeserteure, sammelten Lebensmittelmarken und Geld für die Rote Hilfe.

Nachdem Hildes Familie 1943 ausgebombt wurde, nahmen Rosa und Irma Thälmann sie in die Thälmann-Wohnung auf; Ernst war da schon lange verhaftet. Hilde erzählte oft von dieser Situation, vor der ausgebombten Wohnung und dem Nichts zu stehen und dem Aufgefangenwerden durch die anderen, die auch nichts hatten. Diese Solidarität war es, die den

Widerstand gegen den Terror der Nazis überhaupt möglich machte.

Am 8. Mai 1945 musste die faschistische Regierung kapitulieren, und nach und nach kehrten die Gefangenen aus den KZs und Zuchthäusern zurück. Die Hamburger Antifaschisten organisierten Willkommensdemonstrationen, doch diese wurden von britischen Panzern auseinandergejagt. Hilde erzählte immer wieder von den Worten ihres Vaters, Otto Engler, der angesichts dieser Tatsache sagte: »Wir haben noch nicht gewonnen, das geht weiter wie vorher.«

Hilde war zwölf Jahre alt gewesen, als die Faschisten die Macht übernahmen und 24 Jahre als sie endlich besiegt werden konnten. Sie hatte nur die Gelegenheit, die Volksschule zu besuchen, und

mit 15 Jahren musste sie bereits arbeiten. Sie liebte große Literatur und erzählte immer wieder begeistert von den ersten Romanen, die sie nach Ende des Faschismus endlich in die Hände bekam und las: Anna Seghers, Kisch, Bredel, Feuchtwanger, Brecht, Zweig, Tolstoi, Makarenko, um nur einige zu nennen.

Nach 1945 war Hilde war in der Freien Deutschen Jugend aktiv, die 1952 von der Adenauer-Regierung verboten wurde, und ihr Engagement gegen Krieg und Wiederaufrüstung in der BRD brachte Hilde einen Haftbefehl wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Rädelsführerschaft ein. Im März 1953 wurde sie mit ihrem Sohn, der erst sechs Wochen alt war, verhaftet, musste jedoch



Hilde Benthien

aufgrund auch internationaler Proteste nach sechs Wochen wieder entlassen werden.

In einem Brief aus der Haft schreibt sie: »Die Solidaritätsbeweise der Frauen am Mittwoch haben mich erfreut und wieder das Gefühl gestärkt, ich bin doch nicht allein! Alles ist letzten Endes doch die Frage: Werden die Menschen ein neues Völkermorden verhindern können? Um unserer Kinder willen Ja und Ja zum Leben.«

Hilde, wir werden Dich nicht vergessen und den Kampf in deinem Sinne weiterführen!

Nicole Drücker

Stele für Martin Leuschel und Karl Karcz eingeweiht

Am 23. Oktober wurde in Harburg auf dem Herbert-Wehner-Platz im Beisein von rund 200 Leuten eine Stele für Martin Leuschel und Karl Karcz eingeweiht.

Die beiden waren die ersten Opfer der Nazidiktatur im damaligen Harburg-Wilhelmsburg. In der Nacht vom 6. zum 7. Februar 1933 überfielen einige SA-Männer das Arbeiterlokal »Stadt Hannover« und schossen wild um sich.

Der junge Metallarbeiter und Kommunist Martin Leuschel erhielt einen Bauchschuss und starb noch am gleichen Tag. Der Sozialdemokrat Karl Karcz erlitt schwere Verletzungen, an denen er im April erlegen war.

Hauptrednerin war die neue Hamburger DGB-Vorsitzende Katja Karger. Sie warnte eindringlich vor dem Erstarken des Neofaschismus in Europa.

hjm

November bis Dezember

Hamburger VVN-Termine

Dienstag, 19. November, 19 Uhr:
Die Harburger VVN-BdA veranstaltet einen

Leseabend im Rieckhof (1. Stock). Vorgestellt wird das Buch »Olinka. Eine Freundschaft, die im Krieg begann.« Ein niederländischer Zwangsarbeiter im Lager Falkenbergsweg freundet sich mit einer der 500 Jüdinnen des Außenlagers Neuengamme an.

Sonntag, 24. November, 19 Uhr

Film - Die Feuerprobe - November 1938

Erwin Leiser und Vera Leiser, BRD 1988, Dokumentarfilm, 85 Min. Die Pogrome der Nazis im Herbst 1938 gegen Juden, jüdische Geschäfte und Synagogen waren offen angekündigt und offiziell geplant. Dennoch verhängten die Nazis ein generelles Foto- und Filmverbot, weshalb nur wenige gefilmte und fotografierte Dokumente dieser Pogrome existieren.

Leiser, der 1938 in Berlin lebte, suchte Zeugen dieser Ereignisse: Einige Opfer der Pogrome waren bereit, ihn bei diesem Filmprojekt zu unterstützen, während Beteiligte der Täterseite sich weigerten. Bei den Recherchen stieß Leiser auf bislang unbekannte Aufnahmen, die teilweise in diesem Film zu sehen sind.

Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Donnerstag, 5. Dezember, 17 Uhr

Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an Widerstandskämpfer aus Billstedt. »Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart«

Ort: Billstedt, Gedenkstein für Widerstandskämpfer vor dem ehemaligen Ortsamt Billstedt (Öjendorfer Weg 9)

Sonntag, 8. Dezember, 15 - 18 Uhr

Gemeinsames Kaffeetrinken und Klönen zum Jahresausklang. Natürlich gibt es auch leckeren Kuchen und an einem Gläschen Sekt soll's auch nicht fehlen.

Ort: Landesbüro VVN-BdA, Hein-Hoyer-Straße 41, Hamburg

Perzess gegen »Unsterbliche«

In'n Dezember 2011 weern bummlig dörtig Lü to nachtslophen Tied dör Horborg marscheert. All dreugen se Fackeln, Masken un swatte Kledoosch. „Unsterbliche“ hebbt se sik neumt. Bölken dään se „Nichtdeutsche, raus, raus, raus!“ In'n Oktober stünn nu Denny R. vör't Brett vunwegen Verstött gegen dat Versammlungsgesetz. Egentlich harr he 1500 Euro berappen müsst, man Denny R. harr den Stroofbefehl weddersproken. De mehrsten vun de „Unsterblichen“ kemen nich ut Horborg, sünnern ut'n Landkreis, jüst so as Denny R. De harr in Bookholt al mennigmol mit de Udels to doon hatt. *hjm*

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyerstraße 41, 20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa, BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Landesmitgliederversammlung

Berliner VVN-BdA setzt erfolgreiche Arbeit fort

Die Berliner VVN-BdA ist ein lebendiger Landesverband. Das zeigte am 26. Oktober die Landesdelegiertenversammlung, die im Anton-Schmaus-Haus der Sozialistischen Jugend – Die Falken stattfand. Seit Jahren werden die Falken von Neonazis bedroht, das Gebäude zweimal durch Brandstiftung stark beschädigt. Den Delegierten und Gästen bot das nach dem von den Nazis ermordeten Sozialdemokraten Anton Schmaus benannte Haus Raum für Austausch und neue Ideen.

Zunächst jedoch berichtete der Vorsitzende Hans Coppi, dass in den vergangenen beiden Jahren der Verband große Fortschritte erzielt hat. Die Berliner VVN-BdA meldete sich immer wieder zu Wort, wenn es gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus oder Geschichtsrevisionismus ging. In der politischen Erklärung heißt es: »Unsere Solidarität gilt den Opfern von institutionellem und alltäglichem Rassismus«. Auch aufgrund der Erfahrungen von Flucht und Vertreibung aus Nazideutschland und dem folgenden Exil tritt die Berliner VVN-BdA für die Aufnahme von Flüchtlingen, für die Abschaffung von Residenzpflicht und Abschiebung sowie für deren Teilhabe an allen sozialen und demokratischen Rechten ein.

Die Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus und der Senat wurden aufgefordert, in diesem Sinne im Bundesrat aktiv zu werden. »Wir heißen die Flüchtlinge in Berlin willkommen«, war der Tenor der Diskussion. Verurteilt wurden von der NPD und von anonymen »Bürgerinitiativen« geschürte rassistische Vorurteile gegen Menschen in Not. Der alltägliche Rassismus in Form von dem polizeilichen »Racial Profiling« oder Diskriminierung bei der Wohnungssuche zeige die gesellschaftliche Dimension der NSU-Mordserie. Es ist daher selbstverständlich, dass Mitglieder der Vereinigung, ganz besonders Dirk Stegemann, die Proteste der Geflüchteten am Brandenburger Tor und am Oranienplatz unterstützen.

Der Erfolg der eigenen Arbeit zeigt sich auch in der Mitgliederentwicklung, sind doch seit der letzten Delegiertenkonferenz etwa 60 Mitglieder der Organisation neu beigetreten, so dass die Berliner VVN-BdA mit über 800 Mitglieder die größte antifaschistische Organisation in der Hauptstadt ist.

Mit der North East Antifascists (NEA), die Antifaschistische Initiative Nord-Ost (AINO) und der Förderverein zum Gedenken an die Naziverbrechen um das und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V. wurden

weitere korporative Mitglieder in den Verband aufgenommen.

Die soziale Arbeit gegenüber den Überlebenden des Naziregimes und ihren Angehörigen bleibt angesichts ihres hohen Alters und zunehmender Pflegebedürftigkeit ein wichtiger Schwerpunkt der Vereinsarbeit. In diesem wurde auf Landesebene

Erinnerungs- und Gedenkpolitik in der Stadt.

Nach kontroversen Diskussionen folgte der Vorstand der Linkspartei am 18. Oktober mit großer Mehrheit dem bereits Ende 2010 unterbreiteten Vorschlag des Arbeitskreises zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten, deportierten

Weniger strittig war die Wahl des neuen Vorstandes: In geheimer Abstimmung wurden Andreas Barth, Klaus-Frieder Böhne, Hans Coppi, Anne Hunger, Michael Landmann, Gisela Lingenberg und Mathias Wörching mit großer Mehrheit gewählt und Hans Coppi als Vorsitzender bestätigt.



Delegiertenkonferenz der Berliner VVN-BdA, es spricht Hans Coppi.

Foto Jutta Hanisch

eine AG Soziales gegründet, um die auftretenden medizinischen und sozialen, rechtlichen und persönlichen Probleme anzugehen.

In der weiteren Arbeit geht es darum, bestehende Kooperationen zu Schulen und Jugendeinrichtungen weiter auszubauen und die Vermittlung der Geschichte(n) von Verfolgung und Widerstand stärker mit den Erfahrungen der Jugendlichen zu verbinden.

Mit unzähligen Veranstaltungen – Gedenkundgebungen und Geschichtskonferenzen, monatlichem Jour Fixe, »Tag der Mahnung und Erinnerung« sowie am 8. und 9. Mai und am 9. November – leisten viele Mitglieder, der Landesvorstand, die Basis- und Mitgliedsorganisationen einen unschätzbaren Beitrag zur

und ermordeten deutschen Antifaschisten bei der Berliner VVN-BdA, am Karl-Liebknecht-Haus eine Gedenktafel anzubringen.

Die Wanderausstellung des Arbeitskreises »Ich kam als Gast in euer Land gereist...« – »Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterors. Familienschicksale 1933-1956« war bisher in Moskau, Karaganda, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Potsdam und Thüringen zu sehen.

Kontrovers wurde auch um die von der Bundesvereinigung beschlossene Vereinheitlichung der Beitragsordnung diskutiert, die nun auch auf Landesebene umgesetzt werden soll. Trotzdem wurde der Antrag des Landesvorstandes mehrheitlich angenommen.

Dem neuen Vorstand sind große Aufgaben in einem vielseitigen, pluralistischen und generationenübergreifenden Verband gestellt.

Yves Müller

Der Tätigkeitsbericht, die Politische Erklärung und die neue Beitragsordnung kann unter www.berlin.vvn-bda.de eingesehen werden.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet:
<http://berlin.vvn-bda.de>
E-Mail: berlin@vvn-bda.de
Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Tagung »Erinnerung an Vergangenheit baut Zukunft«

Sonnenburg als europäischen Gedenkort wiederentdecken

»Das KZ und Zuchthaus Sonnenburg hat sein Leben gekostet.« Diese Worte von Ingrid Kröning, deren Vater 1942 im Zuchthaus Sonnenburg starb, stehen am Beginn der Tagung, die am 13. September in Słonsk unweit der deutsch-polnischen Grenze stattgefunden hat.

Die Erzählung von Kröning macht deutlich, was Sonnenburg war – ein Ort, der exemplarisch für die Verbrechen des NS-Regimes steht. Sonnenburg, im Frühjahr 1933 als »wilde Konzentrationslager« eröffnet, diente dazu, Oppositionelle einzusperren. Später wurde Sonnenburg als Zuchthaus weitergeführt und war nach 1942 Gefängnis für Widerstandskämpfer aus den besetzten Gebieten. Der Mord an über 800 Häftlingen im Hof des Zuchthaus Sonnenburg am 30. Januar 1945 beendete auf dramatische Weise die Geschichte des KZs und Zuchthaus.

Das Erinnern und Gedenken an diese Geschichte in Słonsk, wo jährlich eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Massakers stattfindet, sorgt dafür, dass die Opfer nicht vergessen werden. Ein im Jahr 1974 errichtetes und inzwischen baufälliges Museum, das an Widerstand und Verfolgung in Sonnenburg von 1933 bis 1945 erinnert, soll wieder hergestellt und mit einer neuen Ausstellung eröffnet werden.

Als die Berliner VVN-BdA von diesen Planungen hörte, bot sie dem Gemeindevorsteher von Słonsk, Janusz Krzysków, ihre Zusammenarbeit an und begann daraufhin mit der Vorbereitung einer Tagung. Zu diesem Zweck gründete sich im Frühjahr 2013 ein Arbeitskreis, der Kontakte zu Angehörigen und zu Interessenten aus verschiedenen



Wolfgang Linke spricht über seinen Vater August Linke. Foto: Anne Hunger

Ländern aufbaute und Unterlagen von Angehörigen, Berichte von Häftlingen oder Verwaltungsdokumente zum ehemaligen KZ und Zuchthaus Sonnenburg zu sammeln begann.

Die Tagung, an der neben Angehörigen ehemaliger Häftlinge, Initiativen und Historiker auch Lehrer und Schüler teilnahmen, hatte die Geschichte des KZs und Zuchthaus Sonnenburg, Berichte von Angehörigen und Möglichkeiten des Erinnerns und Gedenkens zum Inhalt. Im ersten Teil der Tagung informierten Mitglieder des Arbeitskreises über ihre bisherigen Recherchen, in deren Rahmen u.a. eine Datenbank mit Informationen zu mehreren hundert Häftlingen erstellt wurde. Daraufhin stellten Angehörige ihre in Sonnenburg inhaftierten und ermordeten Verwandten vor und gaben der Ta-

gung so auch eine sehr persönliche Note. Am Nachmittag wurde über die Geschichte des Gedenkortes nach 1945, die Errichtung des Museums im Jahre 1974 und über deutsch-polnische Kooperationen des Gedenkens berichtet. Daraufhin präsentierte die mit der Gestaltung des Museums beauftragte Architektin erste Ideen, die im Anschluss rege diskutiert wurden. Zum Abschluss der Tagung stand die Einbindung der jungen Generation aus Polen, Deutschland und anderen Ländern im Mittelpunkt.

Im Ergebnis der Tagung wird der Arbeitskreis Sonnenburg der Berliner VVN in der von der Gemeinde Słonsk eingerichteten Arbeitsgruppe seine Vorschläge für die Gestaltung der Ausstellung unterbreiten. Neben dem Ausbau der bereits entwickel-

ten Kontakte zu Angehörigen und Interessierten wird die Arbeit an der Datenbank fortgesetzt. Darüber hinaus soll das Thema Sonnenburg in der deutschen Erinnerungskultur eine größere Beachtung finden. Ein erster Erfolg ist hier, dass sich das aktive Museum Faschismus und Widerstand der Zusammenarbeit angeschlossen hat. Ein weiterer Ansatz in diese Richtung ist der Aufbau von Kooperationen mit Schulen, wie es im Fall der Carl-von Ossietzky-Schule in Kreuzberg bereits geschehen ist. In diesem Zusammenhang ist es das Ziel ein geschichtspädagogisches Programm für Jugendliche zu entwickeln.

Es zeigt sich, dass es viele Ideen zu dem Thema KZ und Zuchthaus Sonnenburg gibt, die nun in den kommenden Monaten vorangetrieben werden müssen. Eine Bestätigung der bisherigen Arbeit zeigt sich mitunter schon darin, dass die Staatsanwaltschaft in Gorzow die Ermittlungen gegen die Beteiligten des Exekutionskommandos am 30. Januar 1945 neu aufgenommen hat. So leistet die Auseinandersetzung mit dem KZ und Zuchthaus Sonnenburg möglicherweise auch einen Beitrag, die Bemühungen der polnischen Staatsanwaltschaft zu unterstützen.

Lukas und Till G.

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

...immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr,

Montag, 18. November, 18.30 Uhr

Jüdische Richter in der Berliner Arbeitsgerichtsbarkeit 1933
Lesung und Gespräch mit Hans Bergemann

Am 7. April 2013 jährte sich zum 80. Mal die Verabschiedung des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«.

Mit diesem Gesetz schufen die Nationalsozialisten eine rechtsförmige Grundlage, jüdische und andere unliebsame Beamte, Richter und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus ihren Ämtern zu entfernen.

Hans Bergemann hat dies für die Arbeitsgerichtsbarkeit in Berlin untersucht und stellt sein neuestes Buch vor. Darin werden die Ausgrenzungs- und Verfolgungsprozesse dargestellt und die Einzelschicksale der betroffenen 14 jüdischen Richter nachgezeichnet.

Hans Bergemann, geb. 1962, arbeitet freiberuflich als Historiker und wissenschaftlicher Publizist in Berlin. Über das Schicksal von Juristen jüdischer Herkunft unter dem NS-Regime hat er bereits mehrere Bücher und Aufsätze veröffentlicht.

Montag, 16. Dezember 2013, 18.30 Uhr

»Da müsst ihr euch mal drum kümmern!«
In memoriam Werner Gutsche

Am 4. Dezember 2012 erlag der Neuköllner Antifaschist Werner Gutsche seinen schweren



Werner Gutsche bei der Ausstellungseröffnung anlässlich 150 Jahre Berliner Druckergewerkschaft, 23. November 2012. Foto Jutta Hanisch

Verletzungen, die er sich zwei Wochen zuvor bei einem Unfall zugezogen hatte. Werner war nicht nur das lebende Archiv der Neuköllner Arbeiterbewegung und des Widerstands, er war auch ein Kämpfer und steter Mahner gegen Neofaschismus und für den Frieden. Trotz seines hohen Alters wurde er mitten aus dem Leben gerissen; vieles, was Werner angestoßen hatte, konnte er nicht mehr vollenden.

»Da müsst ihr euch mal drum kümmern«, diesen Satz, an die jüngeren Kameraden gerichtet, können wir nicht mehr vernehmen. Freunde und Weggefährten von Werner Gutsche haben eine Aufsatzsammlung zu seinem Leben und seinen Arbeitsfeldern zusammengestellt, die hier vorgestellt wird.

Café Sibylle
Karl-Marx-Allee 72
10243 Berlin
U 5 Strausberger Platz